

**Protokoll Nr. 42/53  
der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees  
am 27. Juni 1953**

- Tagesordnung:
1. Protokollbestätigung
  2. Normengrundlage für die Lohnbewertung
  3. Information über die Arbeit der Parteiführung
  4. Das Urteil gegen die Jugendlichen in Rathenow
  5. Stellungnahme des Genossen Pieck
  6. Wahlplattform der KPD
  7. Zusammengehen des Bundes der Deutschen mit der GVP
  8. Ehrenbürgerschaft für Genossen Ulbricht
  9. Untersuchung der Verhafteten durch Sonderausschüsse
  10. Bericht über die Auswirkungen der Beschlüsse des Politbüros und Ministerrats auf dem Lande
  11. Verordnung über den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen
  12. Hochwasserschäden in Thüringen
  13. Erklärung des FDGB
  14. Bericht über die Durchführung des ZK-Beschlusses vom 21. Juni 1953
  15. Druckerei „Tägliche Rundschau“
- Anwesende Mitglieder: Grotewohl, Ulbricht, Oelssner, Rau, Ebert, Matern, Zaisser
- Anwesende Kandidaten: Ackermann, Schmidt, Honecker, Herrstadt (bis Punkt 3)
- Zur Sitzung hinzugezogen: Zu Punkt 5 - 6: Verner, Glückauf, Spangenberg  
Zu Punkt 9 – 11: Siegmund, Scholz, Hecht  
Zu Punkt 13: Lehmann, Warnke
- Es fehlten entschuldigt: Pieck - Kur  
Jendretzky - krank  
Mückenberger- dienstlich verhindert
- Sitzungsleitung: Grotewohl  
Protokollführung: Matern

Behandelt:Beschlossen:1. Protokollbestätigung:

Die Protokolle des Politbüros des Zentralkomitees  
Nr. 36/53 vom 16.6.1953  
Nr. 37/53 vom 20.6.1953  
Nr. 38/53 vom 20.6.1953  
Nr. 39/53 vom 21.6.1953  
Nr. 40/53 vom 21.6.1953

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- Nr. 41/53 vom 23.6.1953  
werden bestätigt.
2. Normengrundlage für die Lohnbewertung: Es wird beschlossen, nochmals eine Presseveröffentlichung über die Normen zu geben.  
(Anlage Nr. 1)
3. Information über die Arbeit der Parteiführung: Die von Genossen Grotewohl gegebene Information wird zur Kenntnis genommen.
4. Das Urteil gegen die Jugendlichen in Rathenow: Das Urteil wird vom Obersten Gericht von Todesstrafe in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Genosse Matern wird beauftragt, den Genossen Seibt zu hören, warum er nicht für die Einhaltung des Beschlusses des Politbüros sorgte.
5. Stellungnahme des Genossen Pieck: Von Genossen Pieck wird ein Telegramm veröffentlicht, sobald die Antwort vorliegt. Die Genossen Matern und Winzer werden beauftragt, sofort nach Moskau zu fliegen, um den Genossen Pieck zu informieren und einen Artikel für die Presse zu besprechen.
6. Wahlplattform der KPD: Auf der Grundlage des Entwurfs und des Ergebnisses der Aussprache soll die Wahlplattform fertiggestellt werden.  
Verantwortlich: Genosse Verner
7. Zusammengehen des Bundes der Deutschen mit der GVP: Den Vorschlägen wird zugestimmt.
8. Ehrenbürgerschaft für Genossen Ulbricht: Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Leipzig für Genossen Ulbricht wird nicht verliehen.
9. Untersuchung der Verhafteten durch Sonderausschüsse: Die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und der Volkspolizei übergeben beschleunigt die im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 17. und 18. Juni Verhafteten den Organen der Justiz, die dafür verantwortlich sind. Die Einsetzung von besonderen Kommissionen zur Untersuchung der Verhafteten ist nicht mehr zweckmäßig.  
Die Angehörigen der Verhafteten, die einen festen Wohnsitz in der DDR haben, erhalten von den staatlichen Organen die Mitteilung.
10. Bericht über die Auswirkungen der 1) Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Beschlüsse des Politbüros und Ministerrats auf dem Lande:

2) Den Schlußfolgerungen aus dem Bericht wird zugestimmt.  
(Anlage Nr. 2)

11. Verordnung über den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen:

Der Verordnung wird unter Änderung des § 5 zugestimmt.  
(Anlage Nr. 3) [handschriftlicher Vermerk:]  
nachträglich gestrichen

12. Hochwasserschäden in Thüringen:

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wird beauftragt, bis Montag, den 29.6.1953, dem Ministerpräsidenten einen Plan für die Hilfe der Hochwasserschäden vorzulegen.

13. Erklärung des FDGB:

1) Der Entwurf ist entsprechend den in der Diskussion gemachten Vorschlägen umzuarbeiten und wieder vorzulegen.  
Verantwortlich: Genosse Warnke  
2) Es wird eine Studienkommission eingesetzt, die alle von den Gewerkschaften und Belegschaften gemachten Vorschläge auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet untersucht und Vorschläge ausarbeitet.  
Kommission: Lehmann, Schellhorn, Malter, Rumpf

14. Bericht über die Durchführung des ZK-Beschlusses vom 21. Juni 1953:

Der Bericht des Genossen Grotewohl wird zustimmend zur Kenntnis genommen und die Einsetzung eines Operativstabes gebilligt.

15. Druckerei „Tägliche Rundschau“:

Die Übergabe der Druckerei „Tägliche Rundschau“ an die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wird begrüßt.

O. Grotewohl

Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 42/53 vom 27. Juni 1953

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit:

Am 25. Juni 1953 hat der Ministerrat folgenden Beschluß über die Lohnberechnung gefaßt:

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

„Den Lohnberechnungen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben sind ab 1. Juni 1953 anstelle der seit dem 1. April 1953 erhöhten Arbeitsnormen die Arbeitsnormen zugrunde zu legen, die am 1. April 1953 Gültigkeit hatten.“

Dieser Beschluß des Ministerrates ist eindeutig und klar. Die Lohnzahlungen in allen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben hat ab 1. Juni 1953 ausnahmslos nach diesem Beschluß des Ministerrates zu erfolgen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keine Stelle der wirtschaftlichen oder staatlichen Verwaltung berechtigt ist, irgendwelche Anweisungen in den Betrieben zu erlassen bzw. die Lohnzahlungen auf anderer Weise durchzuführen.

Die Leiter der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe sind persönlich für die exakte Durchführung des Beschlusses des Ministerrats verantwortlich.

/Kn.

Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 42/53 vom 27. Juni 1953

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

1. Die Bezirkssekretäre, die 1. Sekretäre der Kreisleitungen der Partei sind durch das Sekretariat des ZK anzuweisen, daß die sofortige Rückgabe der Betriebe auf Grund des Beschlusses des Politbüros und des Ministerrates an die ehemaligen Besitzer erfolgt, und mit den ländlichen Parteiorganisationen eingehend die Beschlüsse durchzubereiten sind.
2. Der Bauernbrief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl ist von den Einwohnern in allen ländlichen Gemeinden in der Zeit vom 29.6. – 4.7.1953 durch die VdgB (BHG) öffentlich zu behandeln.  
Durch die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei sind entsprechende Vorbereitungen mit der VdgB (BHG) zu treffen, um eine breite Aufklärungsarbeit über die Politik der Partei und der Regierung durchzuführen.
3. Durch das Ministerium des Innern sind die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise anzuweisen, daß die schnellste Bearbeitung der Anträge der Bauern, welche die Betriebe wieder übernehmen wollen, erfolgt und bei den Kreisen sofort eine Kommission zur Durchführung der Rückgabe zu bilden ist.
4. Durch den Minister für Landwirtschaft sind in Zusammenarbeit mit dem Zentralvorstand der VdgB (BHG) Maßnahmen zu veranlassen, daß die Arbeitspläne in den Gemeinden aufgestellt werden und durch die VdgB (BHG) verstärkt die Organisierung der gegenseitigen Hilfe erfolgt.
5. Der Zentralverband der VdgB (BHG) hat dem Sekretariat des Zentralkomitees einen Plan über die Erläuterung der Beschlüsse der Partei und der Regierung sowie über die Herabsetzung des Solls der pflanzlichen und tierischen Produkte auf dem Lande und über die Organisierung der gemeinschaftlichen Arbeit unter den Kleinbauern und Mittelbauern bis zum 4.7.1953 vorzulegen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

6. Der Minister für Land- und Forstwirtschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand des FDGB zu veranlassen, daß die Reparaturarbeiten in den Maschinen-Traktoren-Stationen sofort durchgeführt werden und die Ausbildung der Schichtfahrer in genügendem Maße erfolgt.
7. Zur Durchführung der restlichen Pflegearbeiten sind in den Bezirken und Kreisen durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und das Ministerium für Arbeit zu veranlassen, daß entsprechende Arbeitskräfte auf den volkseigenen Gütern, den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und in den Dörfern zum Einsatz kommen.
8. Durch den Minister für Land- und Forstwirtschaft ist die Anweisung an die Räte der Bezirke und Kreise zu geben, daß die Bauern zur Durchführung der Heuernte und der Erntearbeiten von der Holzabfuhr befreit werden.
9. Die Abteilung Landwirtschaft des ZK und das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft haben dem Sekretariat des Zentralkomitees entsprechende Vorschläge zur Bekämpfung der Wildschweinplage innerhalb von zwei Wochen zu unterbreiten.
10. Die Abteilung Landwirtschaft des ZK und das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und das Ministerium für Handel und Versorgung haben dem Sekretariat des Zentralkomitees innerhalb von einer Woche Vorschläge zur Verbesserung der Belieferung mit Industriewaren für die landwirtschaftliche Produktion vorzulegen.
11. Gen. Zaisser wird beauftragt, Maßnahmen vorzuschlagen.

/Kn.

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/296, Bl. 1-6.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---